



Protokoll der Beratung am 03.04.2013

I. Öffentlicher Teil

Frau Giesecke eröffnet die Sitzung und begrüßt als Gast Herrn Dr. Noack von der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg. Zu Beginn sind 8 ordentliche Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird mit Beginn der Beratung festgestellt. Ab dem Tagesordnungspunkt 4.1 sind 7 Mitglieder und ab dem Punkt 4.3 sind 6 Mitglieder anwesend.

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:
1.	Frau Giesecke	CDU/FLC	Herr Kuchta	DIE LINKE	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Herrn Noack	SPD/Grüne	Herr Selka	AUB	
3.	Herr Hallmann	SPD/Grüne	Frau Venter	DIE LINKE	
4.	Frau Leonhardt	AUB			
5.	Herr Möller	SPD/Grüne			
6.	Herr Richter	DIE LINKE			
7.	Herr Dr. Schmidt	CDU, FLC			
8.	Herr Dr. Sutowicz	CDU, FLC			
9.					

TOP 1 Abstimmung zur Tagesordnung

Frau Giesecke gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 3.3, Bericht zum Antrag „Lokaler Teilhabeplan für die Stadt Cottbus“ ausgesetzt und zur Beratung im Mai 2013 aufgenommen wird. Im Weiteren informiert sie, dass den Mitgliedern des Ausschusses am 02.04.2013 eine ergänzte Tagesordnung sowie Beschlussvorlagen zugesandt wurden. Sie verweist darauf, dass die Beschlussvorlagen der Tagesordnungspunkte 4.4 bis 4.6 vorgestellt werden und zur weiteren Verfahrensweise eine Abstimmung erfolgt. Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt.

Abst.: 8:0:0

TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Beratung vom 06.03.2013 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Abst.: 8:0:0

TOP 3.1 Bericht zur ärztlichen Versorgung in Cottbus

Herr Dr. Noack stellt eine Präsentation vor. In seinem Vortrag weist er darauf hin, dass es bei der Kassenärztlichen Vereinigung ein Beschwerdemanagement gibt, was aber keine Besonderheiten für die Stadt verzeichnen konnte.

Frau Giesecke führt aus, dass die vorgetragene gute Versorgung in Cottbus auch eine hohe Erwartungshaltung hervorruft. Es gibt aber auch Klagen über lange Wartezeiten auf Behandlungstermine, insbesondere bei Augen- und Hautärzten.

Herr Dr. Noack erläutert, dass die Auslastung in diesen Arztgruppen hoch ist. Dennoch gilt Cottbus als gut versorgt gegenüber anderen Regionen.

Zur Frage von **Herrn Möller** bezüglich der Bemessung des Auslastungsgrades führt er aus, dass die Planungsregion sowie städtische und ländliche Regionen berücksichtigt werden. Grundlage bildet das Verhältnis der Einwohner der Stadt Cottbus zu den Ärzten. Nicht einbezogen wird jedoch der Arztbesuch aus den umliegenden Landkreisen bei den Cottbuser Ärzten. In den Fällen, bei denen ein Behandlungstermin nicht zeitgerecht vergeben wird, handelt es sich seiner Auffassung nach um Betrachtungsfälle (je nach gefühlter Dringlichkeit). Zudem erläutert er, dass auch eine Arztpraxis ein Unternehmen ist und die Einordnung der Patienten unterschiedlich erfolgt.

Frau Giesecke fragt nach, inwieweit Kriterien der Alterung und der damit verbundenen Krankheitsanfälligkeit in die Berechnungen zur Auslastung einfließen und ob die Auswahl der Patienten dem geleisteten Eid entgegensteht.

Herr Dr. Noack weist darauf hin, dass in Bezug auf Notfälle alle gleichbehandelt werden. In jedem Fall erfolgt die Auswahl der Patienten medizinisch begründet. Seit zwei Jahren wird ein Demografiefaktor berücksichtigt, wodurch der Planungsbereich für Brandenburg geöffnet wurde, z. B. bei Urologen.

Frau Venter fragt nach statistischen Erhebungen der personenbezogenen jährlichen Arztbesuche.

Herr Dr. Noack führt folgende Durchschnittsgröße auf:

- 8 Besuche europaweit pro Jahr
- 16 – 18 Besuche in Deutschland pro Jahr

TOP 3.2 Bericht zur Informationsveranstaltung vom 12.03.2013

Herr Weiße informiert über die Durchführung einer Veranstaltung am 12.03.2013 von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die im Bereich der Kindertagesstätten tätig sind. Dabei wurde die Auffassung kundgetan, dass die Stadt Cottbus die finanzielle Ausstattung der Kindertagesstätten nicht ausreichend Rechnung trägt. Sie haben die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass damit die Kita-Landschaft in Gefahr gerät. Im Rahmen dieser Veranstaltung haben sich Vertreter der Stadt Cottbus der Diskussion gestellt. Im Mittelpunkt des weiteren Meinungsaustausches sollen die Kinder stehen und damit verbunden die soziale Gerechtigkeit. Es wird weitere Diskussionen im Jugendhilfeausschuss geben.

Von **Herrn Richter** wird ergänzt, dass die weiteren Gespräche nicht im großen Rahmen geführt werden, sondern mit jedem Träger individuell. Das Ziel besteht darin, dass die Elternbeiträge vergleichbar sind. Bis Juni 2013 soll die Diskussion abgeschlossen sein.

TOP 3.3 Bericht zum Antrag „Lokaler Teilhabeplan für die Stadt Cottbus“

Ausgesetzt – Aufnahme in Tagesordnung für 08.05.2013.

TOP 3.4 Information zum Mutter-in-Not-Telefon

Herr Weiße händigt eine Information, die als Anlage 2 beigelegt ist, allen Mitgliedern des Ausschusses aus und verweist darauf, dass jährlich der Stand abgerechnet wird. Der Hinweis von **Frau Venter**, in dem Netzwerk auch die Liste der Hebammen aufzunehmen, wurde aufgegriffen. Gleichzeitig ruft Herr Weiße auf, wichtige noch nicht aufgenommene Partner zu melden.

TOP 3.5 Bericht zu sorbisch/wendischen Angelegenheiten

Herr Schurmann informiert über die Hauptversammlung des gesamten sorbischen Dachverbandes der Domowina in Werben am 23. März und die Wahl des Vorsitzenden, der hauptamtlich tätig sein wird. Die 22. Hauptversammlung des Domowina – Regionalverbandes Niederlausitz e.V. findet am 12.04.2013 in Jänschwalde statt.

TOP 4.1 Beschlussvorlage I-001/13

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für den Doppelhaushalt 2013/2014

TOP 4.2 Beschlussvorlage I-002/13

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2013 bis 2017 im Rahmen des Doppelhaushaltes 2013-2017

Frau Ramsch stellt eine Präsentation vor, die als Anlage 3 beigelegt ist.

Auf die Anfrage von **Herrn Möller** zu den Schwerpunkten, die sich für den Sozialausschuss ergeben, verweist Frau Ramsch auf die abgestimmte Planung mit den einzelnen Fachbereichen. [Sie sichert eine Aufstellung zu Abweichungen über 50 T€ für den sozialen Bereich zu, die allen Mitgliedern übergeben wird.](#)

Im Rahmen der Diskussion ergänzt **Frau Ramsch** ihre Ausführungen und erläutert, dass im Fachbereich Jugend, Schule, Sport ein Anstieg bei den Ausgaben für Heime und Kindertagesstätten berücksichtigt wurde. Sie verweist darauf, dass im Bereich der freiwilligen Leistungen, wie z.B. der Sportvereine, keine Kürzungen vorgenommen wurden. Im Weiteren erläutert sie, dass in Bezug auf die Personalkosten und die Besetzung von Stellen eine Abstimmung mit der Kommunalaufsicht erfolgte.

Herr Weiße merkt an, dass der bewusste Umgang mit den Haushaltsmitteln der Stadt und die Versorgung von Menschen ein Thema darstellten. Als Beispiel führt er an, dass sich die Kostenersatzung des Bundes im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nur auf die Transferleistungen bezieht. Die erforderlichen Personal- und Sachkosten werden jedoch nicht beglichen.

Des Weiteren hat der Rechtsanspruch der Kinder unter 3 Jahre auf einen Platz in der Kita zur Folge, dass eine höhere Anzahl Plätze zur Verfügung stehen muss. Damit einhergeht auch die Zahl der zu versorgenden Kinder. Dafür gibt es einen Zuschuss für Kinder im Alter von 0-12 Jahre, aber die Personalkosten fallen auf die Stadt.

Frau Giesecke stellt fest, dass auch die Entwicklung der Strom- und Heizkosten in den Einrichtungen wie auch entsprechende Personalkosten im Bereich ASD zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, dass sich bei der Zusammenlegung von Bereichen verschiedener Gebietskörperschaften gezeigt hat, dass in den Landkreisen mehr Personal zur Verfügung steht.

Beschlussvorlage I-001/13

Abst.: 6:0:1

Beschlussvorlage I-002/13

Abst.: 6:0:1

TOP 4.3 Beschlussvorlage II-007/13 Lärmaktionsplan 2. Stufe

Herr Bergner stellt eine Präsentation vor, die als Anlage 4 beigelegt ist.

In der Diskussion wurden die aufgeworfenen Fragen beantwortet. Die Anfrage von Frau Leonhardt zum Kiekebuscher Weg wird in einer telefonischen Rücksprache geklärt. Die Fragen zu Baumaßnahmen wird Herr Bergner an Frau Adam weiterleiten.

Abst.: 6:0:0

TOP 4.4 Beschlussvorlage III-005/13 Gebührensatzung der kommunalen Horte

Herr Weiße verteilt die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4.4 bis 4.6 und merkt an, dass die Vorlagen dem Oberbürgermeister zur Unterschrift am Montag, den 08.04.2013 vorgelegt werden. Den Mitgliedern des Ausschusses soll dennoch der Inhalt der Beschlussvorlagen vorgestellt werden.

Frau Hansch stellt die Vorlage vor, Anlage 5.

TOP 4.5 Beschlussvorlage III-006/13 Gebührensatzung der Kindertagespflege

Herr Weiße verweist darauf, dass erstmals die Tagessätze für die Kindertagespflege kalkuliert wurden. Die Kalkulation wird den Mitgliedern des Ausschusses zugesandt.

Frau Hansch erläutert die Vorlage, Anlage 6.

TOP 4.6 Beschlussvorlage III-007/13 Kita-Benutzerordnung

Frau Hansch nimmt Erläuterungen vor, Anlage 7.

Herr Möller bittet darum, dass im Titel das Wort „freie“ gestrichen wird. Der Vorschlag wird von Seiten Frau Hansch aufgegriffen.

Der Ausschuss beschließt, dass vor der Stadtverordnetenversammlung am 24.04.2013 um 13:30 Uhr eine Sondersitzung zu den Vorlagen III-005/13, III-006/13 und III-007/13 stattfindet, um einen Beschluss herbeizuführen.

Abst.: 6:0:0

Der öffentliche Teil endet um 20:00 Uhr.

Die Beratung wird im nicht öffentlichen Teil fortgesetzt.

Giesecke
Stellv. Vorsitzende

Zengler
Protokollantin

Anlagen

Anlage 1 – Teilnehmerliste



Teilnehmerliste.pdf

Anlage 2 – Information zum Mutter-in-Not-Telefon



MutterinNot.pdf

Anlage 3 – Haushalt



Haushalt.pdf

Anlage 4 – Lärmaktionsplan



Lärmaktionsplan.pdf

Anlage 5 - Gebührensatzung der kommunalen Horte



Präsentation
Gebührensatzung kor

Anlage 6 - Gebührensatzung der Kindertagespflege



Präsentation
Gebührensatzung Kin

Anlage 7 - Kita-Benutzerordnung



Präsentation
Kita-Benutzerordnung